

Bayerische Anekdoten

Alfred Trageser war von Beginn an in verschiedenen leitenden Positionen am Aufbau der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) beteiligt. Im Interview zieht der scheidende Vorstandsvorsitzende Bilanz.

Herr Trageser, Ende des Jahres scheidet Sie aus dem aktiven Dienst bei der AKDB aus. Gehen Sie mit einem lachenden oder einem weinenden Auge?

Ein halbes Auge weint. Aber ein ganzes und ein halbes Auge lachen. Vier Jahrzehnte hatte mein Beruf absoluten Vorrang vor meinen privaten Interessen. Die vor mir liegende Zeit werde ich für all die Dinge nutzen, die meine Frau und mich interessieren.

Wie sehen Ihre persönlichen Zukunftspläne aus?

Ich engagiere mich bereits seit einigen Monaten in dem Sozialprojekt „Jugend in Arbeit“ in meinem Heimatkreis Rosenheim. Konkret geht es um Patenschaften für Hauptschüler, die sich schwer tun, einen beruflichen Einstieg zu finden. Hier will ich mich ab 2008 verstärkt einbringen. Ich beabsichtige zudem, zwei bis drei Bücher zu schreiben, darunter ein Buch mit Anekdoten und Kuriositäten aus vier Jahrzehnten interkommunaler Datenverarbeitung in Bayern und Deutschland. Und natürlich werde ich mit meiner Frau, öfter als bisher, Reisen unternehmen.

Über 40 Jahre waren Sie in der (inter-)kommunalen Datenverarbeitung tätig. Wer oder was hat Sie persönlich am meisten geprägt?

Tief beeindruckt haben mich in der Gründungsphase der AKDB vor allem zwei Persönlichkeiten. Zum einen mein damaliger Chef, der Geschäftsführende Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Senator Peter Gröbner, zum anderen der Verhandlungsführer zur AKDB-Gründung auf Seiten des Bayerischen Städtetages, der damalige Münchner Oberbürgermeister Jochen Vogel. Im Dialog mit einigen Hundert Bürgermeistern und Landräten und Tausenden Kommunalbediensteten wurde ich in vier Jahrzehnten zudem ein überzeugter Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung. Denn diese wird mit staatlichen Eingriffen allzu oft gegängelt. Meines Erachtens wird mit Schlagworten wie E-Government und „vernetzte Verwaltung über alle staatlichen Ebenen hinweg“ das Selbstorganisationsrecht der Kommunen künftig noch mehr bedroht als dies heute bereits der Fall ist.

Welche Entwicklung in der kommunalen IT in dieser Zeit hat Sie am meisten überrascht?

Ganz eindeutig der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend zur Zentralisierung der kommunalen IT. Mit dem Erscheinen leistungsfähiger und kostengünstiger EDV-Systeme in den 80er-Jahren und erst recht der PC und PC-Netze in den 90er-Jahren ging ich, wie viele meiner Kollegen, davon aus, dass die Zeit der Großrechner und damit der Betrieb von kommunalen Gebietsrechenzentren bald vorbei sei. Bedacht hatten wir damals alle nicht, dass durch die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes und der damit einhergehenden Explosion der verfügbaren Datenübertragungsbandbreiten bei gleichzeitig drastisch sinkenden Preisen, aber auch durch den Einsatz neuer Produkte wie Terminalserver, sich im Vergleich zum dezentralen IT-Einsatz in der einzelnen Kommune kostengünstige Alternativen im zentralen Betrieb von Rechenzentren ergeben. Das Geschäftsfeld Outsourcing der AKDB ist deshalb in jüngster Zeit von starkem Wachstum geprägt.



Alfred Trageser

Anzeige

Welchen Wandlungen war die Institution AKDB unterworfen?

1969 hatte die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) eine wegweisende Handlungsempfehlung zur Schaffung gemeinsamer kommunaler Datenverarbeitungszentralen herausgegeben. Während der Bayerische Städtetag

statt, die seinerzeit bei der Gründung ihrer Zweckverbände im Wesentlichen den KGSt-Empfehlungen folgten, also für heutige Verhältnisse relativ kleinräumige Einzugsbereiche schufen. Einer vergleichbaren Diskussion bedarf es in Bayern deshalb nicht, weil wir von Anfang an landesweit ausgerichtet waren. Allerdings stellt sich auch für die AKDB immer

Worauf müssen sich Politik und Verwaltung in technologischer und organisatorischer Hinsicht einstellen?

Ich denke zum Beispiel an die EU-Dienstleistungsrichtlinie. Noch ist unklar, was hier auf die Kommunen und ihre IT-Dienstleister zukommt. Die Komplexität der zu steuernden Geschäftsprozesse wird einerseits noch stärker durch IT unterstützt werden müssen, um überhaupt bewältigt werden zu können. Andererseits wird das Thema Personalressourcen zu einer enormen Herausforderung. Für die kleinen Kommunen ohnehin, aber auch für die Landkreise und größeren Städte wird dies in wenigen Jahren zum vorherrschenden Thema. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Die interkommunale Zusammenarbeit muss noch konsequenter ausgebaut werden! Und über die Landesgrenzen hinweg muss es zur Intensivierung der Kooperation – und dort, wo es notwendig ist, auch zur Fusion – zumindest der öffentlich-rechtlichen IT-Dienstleister kommen. Sei es bei der Entwicklung neuer Kommunal-Software, beim Kundenservice oder beim Betrieb von Rechenzentren.

Es kursiert der Spruch, AKDB heiße eigentlich „Alfred Kurvt Durch Bayern“. Welche Anekdote aus diesen Reisen erzählen Sie im Rückblick am liebsten?

Es gibt noch eine zweite Übersetzung, mit der mich mancher frozeln wollte: Alfred Kann Das Besser. Aber im Ernst: Hier gibt es viele interessante Anekdoten und Begebenheiten mit Kunden, Mitbewerbern, Geschäftspartnern und nicht zuletzt den eigenen Mitarbeitern.

Interview: Alexander Schaeff

„Die interkommunale Zusammenarbeit muss konsequent ausgebaut werden.“

dieses Konzept auf Bayern übertragen wollte, nämlich Zweckverbände der größeren Städte mit den umliegenden Landkreisen und Gemeinden zu gründen, sprachen sich Gemeinde- und Landkreistag gegen diese Lösung aus, da sie bereits vor 1969 je ein eigenes Rechenzentrum mit bayernweitem Einzugsbereich errichtet hatten. 1971 gründeten die kommunalen Spitzenverbände Bayerns dann die AKDB als eine landesweit agierende Anstalt des öffentlichen Rechts. Bereits 1976 kam es zur ersten grundlegenden Änderung des Konzepts: Es sollten nur noch zwei statt acht Datenzentralen entstehen, in denen im Wesentlichen Batch-Verfahren produziert werden sollten. Dialogverfahren, insbesondere für den Schalterbetrieb in den Kommunen, sollten auf dezentralen Mehrplatzsystemen bei den Kunden vor Ort verfügbar gemacht werden. Betrachtet man die aktuelle Landschaft der kommunalen IT-Dienstleister Deutschlands in Trägerschaft der Kommunen, so finden Überlegungen zur Neuorganisation zu größeren Einheiten vor allem in den Bundesländern

wieder neu die Frage, mit welchen Partnern auf welchen Feldern Entwicklungs- und Vertriebspartnerschaften möglich sind und wo sich Synergieeffekte ergeben können.

Welche Trends werden aus Ihrer Sicht die Zukunft der kommunalen Datenverarbeitung prägen?

Entwicklungen, welche die kommunale Datenverarbeitung künftig beeinflussen werden, sind die Umsetzung der prozessorientierten Verwaltung, also die Aufgabe, vernetzte Geschäftsprozesse zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen und mit der Wirtschaft zu schaffen, aber auch die Integration von Fachverfahren untereinander und mit Querschnittsverfahren wie DMS und Archivierungssystemen. Die kommunale Datenverarbeitung wird zudem weitere Fortschritte bei der Standardisierung machen. Die Kommunalverwaltung wird zunehmend von der IT abhängig. Auch deshalb braucht es IT-Dienstleister, die von den Kommunen unmittelbar oder mittelbar gesteuert werden können.